

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ – Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Wolfgang Seidl betreffend „Eingliederung Wiener Stadtwerke“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung auf Verlangen am 23. September 2022 zum Thema „Der Bund zahlt aus, Wien nimmt es raus - Stadt Wien greift eiskalt in die Taschen der Menschen! SPÖ-NEOS-Stadtregierung muss drohende Gebührenerhöhung aussetzen!“

---

Aus gegebenem Anlass, ausgelöst durch die Energiespekulation der Wien Energie, und um zukünftige Undurchsichtigkeiten und Verschleierungen in der Gebarung zu unterbinden, ist die ausnahmslose Einsichtnahme und Kontrolle eigener Unternehmen und Unternehmungen durch den Wiener Gemeinderat unabdingbar.

Durch die Ausgliederungen und Privatisierungen öffentlicher Unternehmungen und Betriebe in Wien wurden die Informations-, Kontrollrechte und -pflichten des Wiener Gemeinderats massiv beschnitten und er ist dadurch auch nicht mehr in der Lage, die betriebliche Führung und betriebliche Gebarung zu überprüfen, obwohl alle ausgelagerten Unternehmen, Betriebe oder Fonds finanzielle Mittel durch die Gemeinde Wien erhalten. Maßgebliche Informationen, die für jeden Steuerzahler von Interesse sind, werden unter dem Deckmantel und dem Verweis auf das eingeschränkte Fragerecht des Wiener Gemeinderats nicht gegeben oder Anfragen gänzlich abgewiesen. Doch dem Recht auf Information muss wieder mehr Berücksichtigung eingeräumt werden, um Kontrolle zuzulassen und der selbst auferlegten Transparenz gerecht zu werden, wie es auch das Koalitionsabkommen vorsieht.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Bürgermeister und der amtsführende Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke werden aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmen der Wiener Stadtwerke Holding AG in den Magistrat der Stadt Wien ehemöglichst rückeingegliedert werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.